

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

27.7.1928 (No. 174)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriftenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das französische Auslieferungsverlangen

Keine Reise Stresemanns nach Paris?
Die gesamte pfälzische Presse, und, soweit vorliegend, alle deutschen Zeitungen, sind sich einig in der Ablehnung des französischen Auslieferungsbegehrens, die in der ganzen Pfalz stärksten Widerhall gefunden hat. Das Verlangen nach der Auslieferung ist eines von den vielen unverständlichen Maßnahmen der Besatzungsbehörde. Wenn sich diese auch formal auf ihr Recht stützen kann, so müßte sie sich doch sagen, daß ein solches Verlangen eine Demütigung sondergleichen darstelle, die nicht geeignet ist, das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Besatzung zu bessern, sondern im Gegenteil, als eine scharfe Provokation empfunden wird. Die Besatzung will eben ihre Macht fühlen lassen. Mit dem Geiste der Verständigung hat dieses Verlangen nichts zu tun. Hoffentlich gelingt es den deutschen Stellen, diese Schmach von der besetzten Pfalz abzuwenden. Es wäre auch für das Ansehen des Reiches ein unerträgliches Gedankes, wenn es sich bereit finden würde, Deutsche einem französischen Kriegsgericht auszuliefern. Daß derartige Forderungen überhaupt noch nach Lissabon erhoben werden, eröffnet trübe Aussichten für die Zukunft der deutsch-französischen Verständigung.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist nach sorgfältiger Prüfung der Rechtslage das Auswärtige Amt zu der Überzeugung gekommen, daß das formale Recht leider der Reichsregierung keine Möglichkeit bietet, das französische Verlangen abzuschlagen. Deutschland werde sich daher grundsätzlich bereit erklären müssen, diesem Begehren Folge zu leisten. Das Blatt ist jedoch der Ansicht, daß die Reichsregierung nichts unterlassen sollte, um noch auf diplomatischem Wege eine glimpfliche Erledigung des Voralles zu erreichen. Zum Schluß betont das Blatt, die ganze Angelegenheit beweise wieder einmal, daß es keinen wirklichen Friedenszustand zwischen Deutschland und Frankreich geben können, solange diese Besetzung fortbauert.

Die „Germania“ bringt das Auslieferungsbegehren der französischen Besatzungsbehörde in Verbindung mit der bevorstehenden Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris durch die Außenminister der beteiligten Mächte und sagt: Unter diesen Umständen und in diesem Augenblick, während am Rhein französische Sergeanten schalten und walten dürfen, kann ein deutscher Außenminister nicht nach Paris reisen, um einen Weltfriedenspakt feierlich zu unterzeichnen, den die Franzosen in so grotesker Weise verletzen. Wie würde sich das mit Deutschlands Würde und Deutschlands Glauben an seine Zukunft vereinigen lassen? Auch das „Berl. Tagebl.“ erklärt: Man kann nicht den deutschen Außenminister einladen, zur Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes nach Paris zu kommen (die französische Einladung wurde bereits vor einigen Tagen in Berlin überreicht) und gleichzeitig die Reichsregierung zu eruchen, drei Deutsche wegen Beleidigung der französischen Flagge zu fünfjährigem Zuchthaus auszuliefern.

Im Bayerischen Landtag wurde eine Interpellation Berngott (B. Sp.) eingebracht, die sich mit dem Landauer und Zweibrücker Besatzungszwischenfall beschäftigt.

Die Zwischenfälle

Landau, 26. Juli. Die Anklageschrift gegen Polizeikommissar Bauer, Zweibrücken, ist nunmehr fertiggestellt und die Anklage lautet auf beleidigende Haltung gegenüber der Besatzungstruppe, die begangen sein soll durch Huldigung der Deutschen Schimmel, Weiß und Lutz, die vor der gegen sie geführten Verhandlung im Zweibrücker Flaggenzwischenfall nach dem rechtsrheinischen Deutschland geflohen sind. Als Verhandlungstermin vor dem französischen Kriegsgericht Landau wird der 2. August genannt.

W. Mainz, 27. Juli. Heute kam der Zwischenfall in Mainz vor dem französischen Revisionsgericht zur Verhandlung. Gegen den Kameraden des Metz erkannte damals das Kriegsgericht wegen Körperverletzung auf eine Gefängnisstrafe, gegen die Eisenbahnbeamten wegen beleidigender Haltung gegen die Mitglieder der französischen Besatzungsarmee auf Geldstrafen. Das Revisionsgericht verwarf die Revision.

Landau, 26. Juli. Am 22. Juli abends wurde in der Nähe des Stadtparks auf belebter Straße ein Mädchen mit seiner 14jährigen Schwester durch einen französischen Alpenjäger ohne jeden Grund angepöbeln und heftig am Hals gefaßt, so daß die Spuren sichtbar waren. Der Täter befand sich in Begleitung von 3 weiteren französischen Soldaten. Kurz darauf wurde ein Herr in der Nähe des Elektrizitätswerks von einem dieser Soldaten angerempelt und gegen einen Bretterzaun geworfen. Einigen weiteren Einwohnern wurde die gleiche Behandlung zuteil.

Letzte Nachrichten

Zur Pariser Konferenz

WTB. Paris, 27. Juli. (Tel.) „New York Herald“ glaubt auf Grund von Erkundigungen in diplomatischen Kreisen mitteilen zu können, daß gelegentlich des Zusammenstreffens der Außenminister in Paris zur Unterzeichnung des Antikriegspaktes auch wichtige Besprechungen hinsichtlich des Reparations- und Kriegsschuldenproblems stattfinden würden. Das Blatt weist darauf hin, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, mit Schatzsekretär Mellon in Dinard zusammengetroffen ist und daß er anfangs dieser Woche eine lange Unterredung mit Poincaré hatte. Die Pläne zur Regelung der Nachkriegsfragen würden bei dem Zusammenstreffen der Außenminister im nächsten Monat nach Ansicht französischer diplomatischer Kreise auf eine offizielle Grundlage gebracht werden. Wahrscheinlich werde auch Mellon an diesen Besprechungen teilnehmen.

Leon Blum über die Anschließbewegung

WTB. Paris, 27. Juli. Im „Populaire“ antwortet Leon Blum auf die gestern vom „Temps“ gestellte Frage über die Haltung der französischen Sozialisten gegenüber der Anschließbewegung. Er weist auf das von französischen und vom internationalen Sozialismus vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker hin und führt dann weiter aus: Zweifellos steht der Vertrag für Österreich in anderer Form eine Ausnahmebestimmung fest; aber der Vertrag selbst sieht keine Revision vor, mit der er den Völkerbund beauftragt. Die Bestimmung über Österreich gehört zu denjenigen, deren Revision in einer vielleicht nahen Zukunft unausbleiblich ist.

Die schlimmste Feindschaft unserer Presse in dieser Angelegenheit besteht darin, daß sie stets von dem Vorkriegs-Österreich und nicht von dem schwachen Kleinstaat, den der Versailles-Vertrag auf der Karte hat stehen lassen, spricht. Die Bevölkerung Deutschlands würde bei einer etwas stärkeren Geburtenzahl in 15 Jahren einen gleichen Zuwachs erhalten. Will man die deutsche Geburtenziffer etwa auch einschränken?

Die Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn

Am Donnerstag fand in Berlin zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft anlässlich der letzten Unfälle eine Besprechung über die Betriebssicherheit der Reichsbahn statt.

Zum Münchener Unfall wurde festgestellt, daß bei genauer Befolgung der gegebenen Vorschriften die auf dem Hauptbahnhof München bestehenden Einrichtungen für die Sicherheit des Zugverkehrs ausreichen, und daß nur das unglückliche Zusammentreffen einer Reihe von Versehen und Zufällen die Katastrophe herbeiführen konnten. Es wurde beschlossen, zur Verhütung weiterer Unfälle die bestehenden Fahrpläne durch zwischenzeitliche Verbesserungen zu ergänzen und die im Gang befindliche endgültige Zentralisierung der Sicherheitsanlagen des Hauptbahnhofes München mit allen Mitteln zu beschleunigen. In der Besprechung wurde ferner festgestellt, daß die Angriffe wegen zu starker Inanspruchnahme des Personals bzw. wegen Personalüberlastung infolge zu geringer Besetzung keine Berechtigung haben. Der Generaldirektor gab die Zusicherung, daß trotz der schwierigen finanziellen Lage der Reichsbahn mit allem Nachdruck weiter dahin gewirkt werde, daß die Sicherheit des Bahnbetriebes gewährleistet bleibe.

Eine elässische Kundgebung in Colmar

Die Bürger von Colmar, die Anhänger der Heimatrechtbewegung sind, etwa 7000 an der Zahl, veranstalteten Mittwoch abend in Colmar im Rathhaussaal eine mächtige Kundgebung, der auch die beiden freigelassenen Abg. Dr. Ridlin und Hoffe beimohnten. Diese Massenversammlung soll den Auftakt zu politischen Versammlungen im ganzen Lande bilden.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die tiefste Entrüstung gegen den von der Polizei und den nationalistischen Hebern erfundenen Komplottschwindel und gegen das jede Gerechtigkeit und alles gesunde Volksempfinden tief verletzende Urteil vom 24. Mai ausgesprochen wird. Die Versammlung gelobt nicht zu ruhen und nicht zu rasten und für die heilige Sache des Elsasses zu kämpfen, bis die verhängnisvollen Folgen der Sanktionspolitik repariert sind, bis die Regierung nach einer vollständigen Umstellung ihrer Politik im Elsass die administrativen und kulturellen Reformen verwirklicht hat. Die Versammlung wendet sich ferner gegen jeden zukünftigen Versuch, die Presse- und Meinungsfreiheit im Elsass zu unterbinden. Zum Schluß entbot die Versammlung den beiden freigelassenen Abgeordneten Ridlin und Hoffe die herzlichsten Glückwünsche.

Das Pariser Blatt „Soir“ fordert, um aus der Sachgasse, in die man in der Frage der politischen Rechte der begnadigten Abgeordneten Dr. Ridlin und Hoffe geraten ist, herauszukommen, Amnestie sowohl für Ridlin und Hoffe als auch für sämtliche politischen Gefangenen. Nur auf diese Weise könne man aus einer lächerlichen und peinlichen Lage herauskommen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Reichsbahntarife — Die Kohlenpreise

Die Tarifierhöhungswünsche der Reichsbahn, die, falls sie durchgehen würden, die kleine Lohnsteuerentlastung bei weitem wettmachen müßten, sollen nun das im Reichsbahngesetz vorgezeichnete Reichsbahngericht beschäftigen, nachdem die Reichsregierung bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber höheren Tarifen verblieben ist und beschlossen hat, die Angelegenheit diesem Schiedsgericht zu unterbreiten. Es handelt sich um eine Frage, die für unsere entlegene Südwestecke von besonderer Wichtigkeit ist, die aber auch einschneidende Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft hat.

Wie erinnertlich, hat schon die frühere Reichsregierung den Antrag auf Tarifierhöhung abgelehnt, aber die Reichsbahn blieb hartnäckig bei ihrem anfangs Mai gestellten Verlangen, und die Verhandlungen wurden bis zum heutigen Tag fortgesetzt. Jetzt betont die Reichsbahn, daß die Verzögerung die Notwendigkeit der Tarifierhöhung noch gesteigert habe und das Anwachsen der laufenden Einnahmen zum Stillstand gekommen sei. Das Reichsbahngericht ist als unparteiische dritte Stelle vorgezogen, das u. a. auch Streitfälle zwischen Reichsregierung und Reparationskommission entscheiden kann. Es besteht für den vorliegenden Fall aus einem Vorsitzenden, der vom Reichsgerichtspräsidenten für 5 Jahre bestellt ist, und aus zwei für diesen Streitfall von den Parteien zu benennenden deutschen Beisitzern. Es wird zu entscheiden haben, ob die Unterlagen der Reichsbahn für die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung in dem verlangten Ausmaß hinreichen. Bekanntlich ist die Reichsbahn mit 660 Millionen Reichsmark jährlich durch die Dawesauflagen belastet, was natürlich eine sehr große Wirkung auf die finanzielle Lage des Instituts ausübt. Diese Belastung verhindert und erschwert vor allem den notwendigen Ausbau des Reichsbahnnetzes. Nicht nur, daß die Elektrifizierung sehr langsam vorwärtsgeht, wovon besonders unser badisches, an Wasserkräften so reiches Land betroffen ist, auch im Oberbau der Bahn ist noch vieles zu tun, und gewisse Mängelhaftigkeiten im Reichsbahnbetrieb werden für verschiedene schwere Eisenbahnunfälle verantwortlich gemacht — ein Kiesenbahnhof, wie der Münchener Hauptbahnhof, besitzt z. B. noch keine zentrale Weichenstellung. Freilich kann leider das Reichsbahngericht an der Belastung der Reichsbahn nichts ändern, und muß an diesem praktisch sehr wesentlichen Punkt vorbeigehen.

Übrigens ist auch die Situation der englischen Bahnen, die keine solche Last zu tragen haben, recht schwierig. Sie haben empfindliche Einnahmerückgänge aufzuweisen — als Ursachen werden u. a. die Wirtschaftsdpression und die Konkurrenz der Autos in dem flächenmäßig kleinen Land angegeben — und stehen zur Zeit wegen Abbaumaßnahmen, die auch die Standortlöhne betreffen, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen.

Die Kohlenkrise, unter der besonders Deutschland und England leiden, ist eine Weltkrise. Sie könnte nur durch eine internationale Verständigung zwischen den Produktionsländern mit Aufteilung der Märkte und Preiskonventionen behoben werden. Einer solchen Vereinbarung haben sich aber bis jetzt außerordentliche Hindernisse entgegengestellt, und so herrscht auf dem Weltkohlenmarkt weiter ein scharfer Konkurrenzkampf, bei dem sich die kohlenarmen Länder ausgezeichnet stellen, weil sie Kohle zum Teil unter Selbstkostenpreis erhalten, während die Wirtschaft der kohlenproduzierenden Länder die Kosten dieses Kampfes bezahlt. Die Schwierigkeit der Kohlenlage ergibt sich daraus, daß 1913 die Kohlenförderung in Europa (unter Umrechnung der Braunkohle auf Steinkohle) 689 Mill. Tonnen betrug, der ein entsprechender Verbrauch gleichkam, während die Mehrförderung in anderen Erdteilen abgesetzt werden konnte. 1927 ist die europäische Kohlenförderung auf 937 Mill. Tonnen gestiegen, es wurden über 100 Mill. Tonnen mehr erzeugt als verbraucht, und dieser Überschuß konnte auf anderen Märkten nicht untergebracht werden.

Deutschland ist dabei so ziemlich am schlechtesten daran. Das immer noch reiche England greift wieder zu Staatssubsidien an die Kohlenindustrie, es verbilligt mit Zuschüssen und Steuererleichterungen für die Bah-

Mit der Beilage: 42. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

von den Transport der Kohle vor allem nach den Ausfuhrhäfen. Dabei ist die englische Kohlenposition an und für sich besser als die Deutschlands, einmal wegen der durchschnittlich besseren Qualität der englischen Kohle, dann aber auch, weil die englischen Kohlenproduktionsstätten viel näher und frachtgünstiger zu den Seehäfen liegen. Trotzdem bezeichnet die englische Regierung die Auswanderung von 200 000 Bergarbeitern, die kein Brot mehr finden könnten, als notwendig. Polen aber, das durch das Versailler Diktat das drittgrößte Kohlenproduktionsland Europas geworden ist, und im Gegensatz zu Deutschland fast uneingeschränkt über seine Eisenbahnen verfügt, auch niedrigere Löhne hat, ist trotz seiner frachtgünstigen Lage immer noch besser als wir imstande, durch Frachterleichterungen den Kohlenabsatz im Ausland zu verbessern. Während es im Osten für Polen doch noch Absatzgebiete gibt, sucht England, das auch unter den 17 Mill. Tonnen leidet, da Deutschland als Reparationskohle umsonst an Frankreich, Belgien und Italien liefern muß, in seinem großen Kolonialreich neue Absatzgebiete.

Wenn die deutsche Kohlenproduktion angesichts einer solchen Situation sich immer noch einigermaßen hielt, so ist das aus die umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen, nachdem die Löhne in Deutschland gestiegen und den englischen Löhnen nähergekommen sind. Es leistet heute der deutsche Bergarbeiter mit Hilfe neuer Maschinen 130 Proz. der auf ihn 1913 entfallenden Kohlenmenge. Der Förderanteil je Schicht und Kopf betrug 1913 im Ruhrgebiet 986 Kilogramm, in England 1030 Kilogramm, im 1. Quartal 1928 im Ruhrgebiet 1176 Kilogramm, in England 1079 Kilogramm. Während der Verdienst pro Schicht in England etwa 9,50 M betrug, verdiente der deutsche Kohlenarbeiter im 1. Quartal 1928 8,24 M. Die schwache Zunahme der Leistungen in England ist trotz Verlängerung der Arbeitszeit darauf zurückzuführen, daß die Verbesserung der Arbeitstechnik dort geringere Fortschritte als in Deutschland machte.

Die englischen Subventionsmaßnahmen müssen sich natürlich für den Absatz des deutschen Bergbaus spürbar machen. Das sog. unbekämpfte Gebiet wird für den deutschen Absatz weiter verengert, und im bestrittenen Gebiet, wo die englische Kohle von See her infolge der billigen Schiffsfrachten in günstiger Lage ist, die Konkurrenz schärfer werden. Die erste Rückwirkung war bereits ein Sinken der deutschen Montanaktien an den Börsen. Auch wenn es einmal zu einer Kohlenverständigung kommen sollte, wird England die in den verschiedenen Absatzgebieten gewonnene Position für sich geltend machen. Natürlich denkt man auch in England nicht daran, dauernd die Kohle zu Schleuderpreisen an das Ausland zu liefern. Hat man die Position, die man wünscht, dann wird man es auch verstehen, in den Vereinbarungen sich erhöhte Preise zu sichern, und den Schaden wird auch der Konsument deutscher Kohle haben. Bereits in der letzten Zeit war die Preisentwicklung für die englische Auslandskohle rückläufig, wodurch z. B. ein Rückgang des deutschen Italiengeschäftes herbeigeführt wurde. England wird nun mit weiteren Unterbietungen arbeiten können. Im ganzen hatte sich in den letzten Monaten der deutsche Kohlenabsatz wieder verbessert, da die Sommerpreise ausgenutzt, und die durch den Rheinschiffahrtstreik leer gewordenen Lager wieder aufgefüllt wurden. Zunächst ist nun aber die Aussicht, die Einbuße des Monats Mai wieder auszugleichen, geschwunden.

Graf Kaldreuth tritt zurück. Der „Jungdeutsche“ meldet: Die internen Kämpfe im Landbund haben inzwischen einen solchen Verlauf genommen, daß der bisherige erste Präsident des Landbundes, Graf Kaldreuth, bei der großen Vertreterversammlung am 1. August d. J. sein Amt einseitig niederlegen wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Vertreterversammlung dann von dem Grafen Kaldreuth, einem Landbundspräsidenten und zwei Vizepräsidenten zu wählen und sich damit beanügen wird, an Stelle des auscheidenden Grafen Kaldreuth den früheren Ernährungsminister Schiele zum ersten Bundespräsidenten zu wählen, während als zweiter Bundespräsident der bisherige, also der Abg. Sepp, bleiben wird.

Der Fall des früheren Oberleutnants Raphael. Wie der Amtl. Preuss. Pressedienst meldet, hat die Nachprüfung durch die Strafkammer des Landgerichts ergeben, daß die ursprüngliche Annahme, sämtliche in der Gesamtkasse des früheren Oberleutnants Raphael enthaltenen Straftaten seien aus politischen Beweggründen begangen, nicht zutrifft. Soweit Raphael wegen Anstiftung zur verbotenen Gefangenenerleichterung verurteilt worden ist, fehlt es vielmehr an einem solchen Beweggrund. Den auf diese Straftat entfallenden Teil der Gesamtkasse wird er daher in voller Höhe aber nunmehr als Gefängnisstrafe zu verbüßen haben. Wegen der Vollstreckung des hiernach verbleibenden Strafrestes hat die Staatsanwaltschaft das Erforderliche beantragt.

Begnabigung der beiden Schmelzer. In der Presse ist verschiedentlich die Frage erörtert worden, ob der Amnestieerlaß auf den vielbesprochenen Fall Schmelzer, Vater und Sohn, Anwendung findet. Nunmehr ist — wie aus Berlin gemeldet wird — dahin entschieden worden, daß der Amnestieerlaß auch auf diesen Fall anzuwenden ist, und der zuständige Oberstaatsanwalt Frankfurt a. d. O. ist angewiesen, sofort das Nötige zu veranlassen.

Schließung des Zentralbüros der Rigaer Gewerkschaften. Das Zentralbüro der Rigaer Gewerkschaften ist durch Gerichtsbeschlüsse wegen staatsfeindlicher Tätigkeit geschlossen worden. Wie die Blätter melden, sollen die Gewerkschaften von Sowjetrußland zur Unterstützung der kommunistischen Propaganda bedeutende Geldsummen erhalten haben.

Die außenpolitische Debatte im englischen Unterhaus. Im Unterhaus machte Baldwin die Mitteilung, daß am nächsten Montag die Kredite für das Ministerium des Äußeren zur Verhandlung gelangen werden. Die Opposition wird die Debatte über den Kriegsausgangspunkt Kellogg's eröffnen.

Der Sekretär von Hugo Stinnes verhaftet

Nachdem im Februar d. J. bekannt geworden war, daß das Deutsche Reich durch einen Betrugsfall von ungeheurem Ausmaß um Millionenbeträge geschädigt worden sei — es handelte sich darum, daß auf betrügerische Weise Kriegsanleihebesitz als Mißbehalt angemeldet worden war — glaubte man durch die Verhaftung des Bankiers Clemens Max Kunert aus Berlin-Grunewald den Hauptschuldigen gefunden zu haben. Man rechnete aber mit der Möglichkeit, daß Kunert Helfer und Auftragsgeber gehabt hätte. Die Berliner Staatsanwaltschaft nahm daher in den letzten Wochen umfangreiche Ermittlungen vor, die den dringenden Verdacht wachriefen, daß Kunert im Zusammenhange bestimmter Wirtschaftsgeschäften gehandelt habe. Die Spuren führten nach Paris, Amsterdam und Hamburg.

Nachdem die Staatsanwaltschaft sowohl in Frankreich wie in Holland Verbindungen zwischen Kunert und dem Auslande festgestellt hatte, entschloß sie sich, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, nunmehr in Hamburg zu einer Aufhebung erregenden Verhaftung. Der erste Privatsekretär B. von Hugo Stinnes jr. ist gestern in Hamburg durch die Berliner Staatsanwaltschaft unter dem dringenden Verdacht der Teilnahme an dem Mißbehalt verhaftet worden. Nach den bisherigen Feststellungen kann als sicher gelten, daß Kunert, der zunächst als der Hauptschuldige galt, nur ein verhältnismäßig geringer Faktor in dieser über Erwarten umfangreichen Betrugsaffäre gewesen ist.

Wie die „Voss. Ztg.“ weiter erzählt, hat die Berliner Staatsanwaltschaft gegen den Kruder Hugo Stinnes, Edmund Stinnes, die Veruntersuchung wegen der bekannten Uga-Vorfälle beantragt. Dem Ersuchen ist stattgegeben worden.

Kurze Nachrichten

Die neue Bayerische Regierung besteht nunmehr aus folgenden 6 (bisher 8) Ministerien: Ministerium des Äußeren: Ministerpräsident Dr. Selb, Ministerium des Innern: Dr. Schökel, Kultusministerium: Dr. Goldberger, Finanzministerium: Dr. Schmelzer, Justizministerium: Dr. Gärner, Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit: Dr. Jehr, Staatssekretär: Dr. Oswald.

Studienreise englischer Bergwerksdirektoren nach Deutschland. Eine Gruppe von britischen Bergwerksdirektoren wird am 8. August nach Deutschland abreisen, um die seit dem Kriege sowohl im Tagebau wie unter Tage angewandten Methoden zu studieren. Sie werden die Bezirke von Essen, Dortmund und andere besichtigen.

In der Spionageaffäre des Regierungsbaumeisters Ludwig fand vor dem Untersuchungsrichter in Berlin mündlicher Festsetzungstermin statt. Der Untersuchungsrichter lehnte zur Zeit die Haftentlassungsanträge ab, da vorher durch Sachverständige die Frage geklärt werden soll, ob Staatsgeheimnisse preisgegeben worden sind.

Frankfurter Ministerbesuch im Westen Deutschlands. Im August wird der französische Arbeitsminister eine Studienreise in den Westen Deutschlands antreten. Er will sich vor allem über die Lösung sozialer Fragen unterrichten. In seinem Reiseplan steht die Besichtigung des Wohnungsbaues, besonders des Kleinwohnungswesens. Anfang August trifft er in Frankfurt ein.

Verschiedenes

Der Unfall der „Monte Cervantes“

Der Kapitän der „Monte Cervantes“ teilte der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft mit, daß die durch Treibeis hervorgerufene Beschädigung des Dampfers an Ort und Stelle in zwei bis drei Tagen repariert sein wird, worauf das Schiff die Fahrt fortsetzen wird.

W. B. Hamburg, 27. Juli (Tel.) Nach einer Mitteilung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nehmen die Ausbesserungsarbeiten an der „Monte Cervantes“ ihren Fortgang. Das Schiff wird voraussichtlich am Samstag oder Sonntag seine Reise über Spitzbergen über Hammerfest und die norwegischen Fjorde fortsetzen können und wahrscheinlich am 4. August fahplanmäßig in Hamburg eintreffen. Am 7. August wird dann die „Monte Cervantes“ eine neue Nordlandreise antreten.

Ein neuer Raketenwagen

Auf der Strecke Nordhausen—Gernrode wurden am Donnerstag von dem Erfinder Baller Versuche mit einem neuen Raketenwagen angestellt. Bei den ersten beiden Versuchen erreichte der Wagen eine Stundengeschwindigkeit von 180 Kilometern, bei der dritten jedoch eine solche von 210. Bei diesem letzten Versuch wurde der Wagen, der aus Holz erbaut und für so große Geschwindigkeiten nicht eingerichtet war, aus einer scharfen Kurve getragen und dabei völlig zerstört. Baller wird in kurzer Zeit neue Versuche mit einem neuen aus Leichtmetall erbauten Raketenwagen anstellen.

Erfolge deutscher Segelflieger

In der Gesamtwertung des Segelflugwettkampfes in Bannville errang das Flugzeug „Württemberg“ (Flieger Pirih) die ersten Preise im Höhenflug, im Weistreckenflug, in der Summe der erreichten Höhen und in der Zahl der Flüge von mindestens einer halben Stunde Dauer. Auch die übrigen Preise fielen fast ausschließlich an deutsche Segelflieger.

Wettkampfer Ozeanflug

In Rosford im Staate Illinois starteten am Donnerstag zwei Flieger zum Ozeanflug nach Schweden in Richtung Grönland. Das Flugzeug mußte jedoch nach kurzer Zeit wieder niedergehen, da durch die starke Belastung die erforderliche Flughöhe nicht erreicht werden konnte.

Die Heimreise der „Italia“-Besatzung

Die „Cita di Milano“ ist Dienstag früh mit den Geretteten der „Italia“ in Karbil eingetroffen. Die Abreise aus Karbil mit der Bahn ging ohne Zwischenfall vonstatten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwarte Karlsruhe. Anhaltend heiteres Wetter und Zufuhr warmer Luft aus Süden steigerten gestern die Temperaturen wieder zu tropischen Werten, so daß selbst auf Hochflügen (Baar) noch 31 Grad als Höchsttemperatur gemessen wurde. Das auf das Festland übergetretene Hochdruckgebiet wird durch die von Westen herziehenden Druckwellen abgebaut und liegt heute als flaches Hoch bereits östlich von uns. Von England reicht eine Tiefdruckrinne bis nach Südfrankreich. Die zu erwartende stärkere Erhitzung aus der Vorderseite des Hochs hat sich in Südfrankreich stark ausgelebt (heute morgen wurden in Südfrankreich schon Temperaturen über 30 Grad gemessen). Die dadurch zu erwartenden Widen werden uns spätestens heute nach erreichen. Auch morgen ist mit weiteren Gewittern zu rechnen. Wetterausichten für Samstag: In den nächsten Tagen nachhaltige Verschlechterung, vielfach weitere Gewitter und Föhler.

Badischer Teil

Gegen den rücksichtslosen Kraftwagenverkehr

RA. Das geschwindige und rücksichtslose Verhalten vieler Kraftfahrer innerhalb bewohnter Stadt- und Gemeindeteile löst bei der Bevölkerung des Landes in steigendem Maße starke Verbitterung aus. Diese Verbitterung fand unlängst auch im Landtag starken Ausdruck. Infolge angespanntester Kontrolltätigkeit der staatlichen Polizei und der Gendarmerie ist die Zahl der Strafverfügungen sehr stark gewachsen. Die Bezirksämter sind kaum noch in der Lage, mit dem normalen Personalstand die Strafverfügungen rechtzeitig auszufertigen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Polizei in den Landgemeinden an der Verkehrskontrolle kaum beteiligt, was die Kraftfahrer auch wissen. Um die Vorschriften der einzuhaltenen Fahrgeschwindigkeit kümmern sich infolgedessen hier viele Kraftfahrer nicht.

Im Ministerium des Innern wird z. B. an einer gesetzlichen Grundlage dafür gearbeitet, daß Strafverfügungen wegen zu schnellen Fahrens von der Polizei und Gendarmerie an Ort und Stelle vollzogen werden, wie man das in der Schweiz und seit einiger Zeit auch in Bayern beobachten kann. Um die Gemeinden ohne Staatspolizei an dieser Aufgabe stärker zu interessieren, soll ein Teil der Einnahmen aus Strafverfügungen den Gemeindefiskus zufließen. Diese Anordnung richtet sich keineswegs gegen den Automobilen- und Kraftverkehr an und für sich, sondern nur gegen jene Elemente, die, wenn sie selbst Opfer der Schnellraerei in den Straßen sein müßten, am lauesten hiergegen schreien würden; die aber, wenn sie auf dem Fahrzeug sitzen, glauben, die Straßen seien nur für sie da. Freilich darf man von den Fußgängern auch mehr Straßendisziplin verlangen. Was man in dieser Richtung beobachten kann, ist kein Ruhmesblatt für den allgemeinen Verkehr.

Der hier in Frage stehenden Erziehung des Publikums zur Beachtung der allgemeinen Verkehrsregeln voran steht aber die Erziehung der Beachtung gesetzlicher Fahrvorschriften bei jenen Kraftfahrern, die in rücksichtsloser Weise das Leben ihrer Mitbürger dauernd in Gefahr bringen. Wenn innerhalb der Ortschaften eine Geschwindigkeit von 30 Kilometern zu gering ist, und wer da glaubt, er könne sich eine solche von 50 und 60 Kilometern erlauben, gegen den Lärm es nur schärfstes Einschreiten geben.

Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahre 1928

RA. Nach Feststellung des Badischen Statistischen Landesamtes wurden bei der am 1. d. M. stattgefundenen Bestandsaufnahme von Kraftfahrzeugen (ohne die der Reichspost und der Wehrmacht) 33 250 Kraftfahrzeuge im Land Baden ermittelt; die Zunahme gegenüber der letztjährigen Erhebung beträgt 9458, d. h. 32,8 Proz. (im Vorjahr 25,8 Proz.).

Von den 33 250 Kraftfahrzeugen entfallen 17 892 auf Kraftwagen, 14 964 auf Personen- und 4806 auf Lastkraftwagen. Am größten war die Zunahme bei den Personenkraftwagen (4451 d. h. 42,4 Proz.); die Zahl der Kraftwagen hat um 4057 (d. h. 29,8 Proz.), die der Lastkraftwagen um 889 (d. h. 21,1 Proz.) zugenommen. Eine Vermehrung zeigen auch die Zugmaschinen ohne Güterladerraum; ihre Gesamtzahl ist von 899 im Jahre 1927 auf 481 in diesem Jahre gestiegen.

Von den Kraftwagen waren 15 433 (d. h. 86,2 Proz.), von den Personenkraftwagen 12 535 (d. h. 83,8 Proz.), von den Lastkraftwagen 4191 (d. h. 87,2 Proz.), von den Zugmaschinen ohne Güterladerraum 419 (d. h. 87,1 Proz.) deutscher Marke.

Unter den 14 964 Personenkraftwagen befinden sich 158 Kraftomnibusse, die vornehmlich im öffentlichen Fußverkehr Verwendung finden; 67 Kraftwagen dienen Feuerlöschzwecken, 50 Zwecken der Straßenreinigung. Von den 4806 Lastkraftwagen haben 2075 ein Eigengewicht bis zu 2000 Kilogramm einschließlich, 2731 ein solches von über 2000 Kilogramm; von letzteren finden 570 vorwiegend im Transportgewerbe, 60 in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, 1917 für sonstige Zwecke Verwendung; 184 dienen Zwecken öffentlicher Behörden. In den beiden größten Städten des Landes, Mannheim und Karlsruhe, wurden 8772 Kraftfahrzeuge ermittelt, d. h. nahezu ein Viertel aller in Baden vorhandenen Kraftfahrzeuge. In der Stadt Mannheim wurden 1871 Kraftwagen, 2477 Personen- und 859 Lastkraftwagen, in der Stadt Karlsruhe 1407 Kraftwagen, 1500 Personen- und 524 Lastkraftwagen gezählt.

Die Heidelberger Lehrerbildungsanstalt

RA. Heidelberg, 26. Juli. Die hiesige Lehrerbildungsanstalt erhielt gestern den Besuch des Unterrichtsministers Dr. Veers und vier höherer Beamten des Ministeriums. Nach Begrüßung durch Direktor Fischer betonte der Minister in seiner Ansprache, das Ziel der Zusammenarbeit von Ministerium, Dozenten und Studenten müsse es sein, die wertvolle Arbeit der Volksschullehrer den veränderten und erschwerten Zeitverhältnissen gemäß durch die auf neuen Wegen ausgebildeten Lehrer fortführen zu lassen. Es folgte eine eingehende Besichtigung der Anstalt, woran sich eine Konferenz schloß, in der der Minister die Aufgaben und Ziele der neuen Lehrerbildungsanstalt mit den daselbst tätigen Dozenten der Universität und dem engeren Lehrkörper einer Besprechung unterzog. Allgemein wurde der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Institution zu den besten Hoffnungen berechtige.

Aus der Evangelischen Landeskirche

Das landeskirchliche soziale Pfarramt ist in ein kirchliches Sozialamt umgewandelt und — zunächst vertragsweise — mit Diplombölkewirt Dr. Ernst Faber aus Soest besetzt worden. Unter dem Titel „Die soziale Arbeit der Kirche“ gibt das Sozialamt Mitteilungen heraus, die mit den von der Evang. Pressestelle herausgegebenen „Evangelisch-kirchlichen Nachrichten“ allen Kirchengemeindegliedern in der Landeskirche zu gehen.

Der Nordübberkehr in der Schweiz

Wie schweizerische Blätter berichten, hat der schweizerische Bundesrat in der Frage der Verbesserung des Nordübberkehrs den zweigleisigen Ausbau der Strecke Singen—Winterthur—Bühl und die gleichzeitige Elektrifizierung dieser Strecke einer Prüfung unterzogen.

Sportfahrzeuge und Vergnügungsboote auf dem Rhein

P. A. Der Verkehr mit Sportfahrzeugen und Vergnügungsbooten hat auf dem Rhein im Laufe der letzten Jahre außerordentlich zugenommen. Es hat sich daher als notwendig erwiesen, die Rheinschiffahrtspolizeiordnung durch besondere Bestimmungen über den Verkehr mit Sportfahrzeugen zu ergänzen. Diese Bestimmungen sind in der Frühjahrssitzung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt gutgeheißen und für Baden durch Bekanntmachung des Ministers der Finanzen vom 23. Juni 1928 (Ges. u. V. Bl. S. 206) mit Wirkung vom 1. August 1928 in Kraft gesetzt worden.

Soweit die Bestimmungen das Verhalten der Sportfahrzeuge besonders regeln, gehen sie von dem Grundsatz aus, daß der Rhein in erster Linie der Großschiffahrt zu dienen hat, und daß Sportfahrzeuge auf die Großschiffahrt Rücksicht zu nehmen haben. Der Begriff der Sportfahrzeuge ist dahin festgelegt, daß als solche alle Fahrzeuge mit weniger als 15 Tonnen (300 Zentner) Tragfähigkeit, insbesondere auch die Sportfahrzeuge, mit Ausnahme der Schlepper, gelten. Von den erwähnten Bestimmungen sind folgende besonders hervorzuheben:

Die Sportfahrzeuge haben, auch wenn sie mit eigener Triebkraft versehen sind, keinen Anspruch auf einen bestimmten Kurs und müssen den übrigen Fahrzeugen den zur Verfolgung ihres Kurses und zum Manövrieren notwendigen Raum lassen. Die Führer der Sportfahrzeuge haben ihre ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sie nicht in den Kurs eines anderen Fahrzeuges hineingeraten, und sie können nicht verlangen, daß ihnen ausweichen wird.

Kleinfahrzeuge haben nicht das Recht, ein Fahrgeschäft zum Freiwerden des Fahrgeschäfters zu ihren Gunsten aufzufordern oder das Öffnen einer Schiffschleuse zu verlangen.

Für Kleinfahrzeuge sind ferner auch die nachfolgenden neuen, für sämtliche Fahrzeuge geltenden Bestimmungen von Belang, nämlich das Verbot der Durchfahrt zwischen den Fahrzeugen eines Schleppzugs, außer wenn die Durchfahrt notwendig ist, um an einem der Fahrzeuge des Schleppzugs anzulegen; ferner das Verbot des Anfahrens oder Anhängens an ein anderes in Fahrt befindliches Fahrzeug ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung seines Führers.

Am die Schiffschiffahrt auch gegenüber den Kleinfahrzeugen wirksam zu machen, ist für die Strecke des Rheins, auf der sich der Verkehr der Kleinfahrzeuge in der Hauptsache abspielt, nämlich zwischen der Mündung des Karlsruher Rheinfahrs und der Spitzfahrsfähre in der Nähe der niederländischen Grenze eine Kennzeichnung auch der Kleinfahrzeuge vorgeschrieben worden. Die auf dieser Strecke fahrenden Kleinfahrzeuge, mit Ausnahme der Weiboote, müssen mit einem amtlichen Kennzeichen versehen sein, das aus einem oder mehreren Buchstaben und einer Zahl besteht. Diese Buchstaben und Zahlen müssen wenigstens 0,15 Meter hoch und in schwarzer Farbe auf hellem Grund an beiden Vorderseiten des Fahrzeuges in leicht sichtbarer Weise angebracht sein. Sie können auch beiderseits auf einer Tafel oder gespannten Platte angebracht sein. Die Kennzeichen werden in Baden von den Rheinbauämtern Freiburg, Offenburg und Mannheim erteilt. Zuständig zur Erteilung der Kennzeichen ist das Rheinbauamt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat oder in dessen Bezirk die Fahrt auf dem Rhein beginnt. Die Rheinbauämter erteilen über das Kennzeichen einen Ausweis, der an Bord mitgeführt werden muß. Die Anbringung des Kennzeichens an dem Kleinfahrzeug ist Sache des Besitzers dieses Fahrzeuges.

Von dieser amtlichen Kennzeichnung sind befreit die Kleinfahrzeuge der Angehörigen von Sportverbänden, die von dem Reichsverkehrsminister mit Rücksicht auf die Aufsicht, die sie über ihre Mitglieder ausüben, eine entsprechende Genehmigung erhalten haben. In diesem Fall ist ein mit Lichtbild versehener Ausweis über die Verbandzugehörigkeit an Bord des Kleinfahrzeuges mitzuführen. Das Kleinfahrzeug muß außerdem die Kennzeichnung des Verbandes tragen.

Die Kriegerwaisen-Haushaltungsschule auf dem Heuberg

P. A. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß der Kindererholungs- und Hebung (K. H.) in Stetten a. T. M. auch eine Kriegerwaisen-Haushaltungsschule angegliedert ist. Welchem Zweck soll sie dienen? Der ausgegebene Prospekt belehrt uns, daß diese, unseres Erachtens sehr nützliche Schule, den Zweck hat, aus der Volksschule entlassene Kriegerwaisen oder Töchter von Kriegesbeschädigten in allen Zweigen der Hauswirtschaft gründlich auszubilden. Die Mädchen sollen körperlich gefestigt, geistig gefördert und ihre natürlichen Anlagen zur Frau, zur Mutter und zur Hausfrau gut entwickelt werden. Es sind jetzt schon rund 200 Schülerinnen in dieser Haushaltungsschule untergebracht, obwohl man erst in das zweite Jahr des Bestehens eingetreten ist. Die Schülerinnen kommen aus den verschiedensten Gegenden des deutschen Reiches, aus dem Norden und dem Süden und erhalten theoretische Durchbildung und praktische Ausbildung. Es hat jede Schülerin Gelegenheit, sich auszubilden in der Hausarbeit, in bürgerlicher und feiner Küche, im Waschen und Bügeln, Stöpfen, Kliden, Striden, Nähen von Wäsche und einfachen Kleidungsstücken für eigenen Gebrauch, Handarbeiten und Handfertigkeiten und einfacher Gartenarbeit. Der theoretische Unterricht umfaßt Religion, Lebens- und Berufskunde, Gesundheitslehre und Säuglingspflege, Haushaltungskunde, Erziehungslehre, Deutsch, Praktisches Rechnen und Buchführung, Gartenbaulehre, Singen und Turnen.

Die Mädchen werden bei der Aufnahme eingehend untersucht und stehen ständig unter ärztlicher Überwachung. Geeignete Damen bemühen sich um die Betreuung und den Unterricht und tragen sicherlich dazu bei, daß die Mädchen zu freudigem Arbeiten, zur intensiven Kenntnis der praktischen Arbeiten und zum Verständnis für die Aufgaben junger Mädchen erzogen werden.

Es scheint uns also, daß die Kriegerwaisen-Haushaltungsschule einem notwendigen Bedürfnis entspringt. Im allgemeinen sehen sich die Teilnehmerinnen zusammen aus jungen Mädchen, welche durch die Organe der Kriegerwaisenfürsorge überwiesen werden. Man kann der Schule nur die beste Entwicklung wünschen.

Warnung vor einer amerikanischen Firma

Eine Firma Alpheus Bancraft in Washington versendet in letzter Zeit an Personen, deren Wohnungen sie scheinbar aus einem Adreßbuch erfahren hat, Stellenangebote für leichte und gewinnbringende Tätigkeiten.

In Wirklichkeit ist es der Firma nur darum zu tun, auf leichte Weise ihre Ware zu hohen Preisen loszuschlagen, denn es muß bei Annahme der sog. Vertreterstelle gleich eine Sendung der Ware bezogen werden, für die der Betreffende keinen Absatz finden wird. Er ist dann sein Geld los und kann die Ware nicht zurückgeben.

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor Aufnahme von Beziehungen zu dieser Firma.

Erste Verlosung der Beamtenbaupartasse

Man schreibt uns:

Am 30. Juni 1928 fand in Berlin im wirtschaftspolitischen Saal des Reichswirtschaftsrates die erste Verlosung der Beamtenbaupartasse statt. Damit ist nach jahrelanger Vorbereitungsarbeit der erste Schritt zur praktischen Durchführung des Beamtenheimstättengesetzes getan. Das Wesentliche ist, daß diese Heimstättenbildung auf gesicherter Grundlage erfolgt, daß also die absolute Sicherheit des Verfahrens gewährleistet ist. Die Beamten können daher mit vollem Vertrauen ihre Spargelder der Beamtenbaupartasse zuführen.

Auf Grund dieser Tatsache kam der ersten Verlosung eine besondere Bedeutung zu. Der Saal des Reichswirtschaftsrates gab der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Außer zahlreichen Sparern, die aus Berlin und der näheren Umgebung eingefunden hatten, sah man Vertreter von Behörden, Epikongewerkschaften, Kammern, Organisationen, politischen Parteien, der Presse usw. Reichstagspräsident Ebe sandte herzliche Grüße.

Die Verlosung stand unter der Leitung des Justizrates Schumacher und unter Oberaufsicht des Geh. Oberregierungsrats Dr. Raulf.

Es wurden 800 000 M an 48 Sparer verloost in Einzelbeträgen von 2—14 000 M. Außer der Verlosung fand noch eine Vergebung von freien Darlehen im Gesamtbetrag von 100 000 M an 42 Sparer statt, die sich in besonderer Notlage befinden.

Weitere Angaben über die Durchführung des Beamtenheimstättengesetzes durch Heimstättenamt der Deutschen Beamtenchaft, Geschäftsstelle Karlsruhe, Postausgabefach 212, gegen 30 Pf in Briefmarken für Druckkosten und Postgebühren.

Zur Bekämpfung der Trunksucht

Es kommt häufig vor — so schreibt der Ev. Zeitungsdiener für Baden —, daß Heilmittel zur Bekämpfung der Trunksucht angepriesen werden. Diese Mittel sind alle ohne Ausnahme als wirkungslos zu bezeichnen. Wer mit ihnen handelt, schädigt demüht oder unbenutzt alle die, welche diese Mittel vertrauensvoll kaufen. Vor dem Bezug solcher Mittel muß daher dringend gewarnt werden. Die Trunksucht ist, wie jede andere Krankheit, zweifelsohne heilbar, aber nicht durch Geheimmittel, die den Kranken mit oder ohne Wissen betaselt werden.

Es wird darauf hingewiesen, wie ungerecht es ist, einen Trinker als minderwertigen Menschen zu behandeln. Er ist ein Kranke und bedarf, wie jeder andere Kranke, tätiger Hilfe. Er muß unterstützt werden, indem ihm vollkommene Enthaltensmittel von alkoholischen Getränken, die die Voraussetzung seiner Heilung bilden, ermöglicht wird. Nicht geringfügig soll er behandelt werden, weil er vielleicht eine Heilstätte für Alkoholtränke auffucht. Eine derartige Instandhaltung ist für ihn oft nicht weniger notwendig als etwa bei einem Lungenerkrankten, den deshalb doch kein Mensch gering schätzen wird.

Die badischen Säger in Junsbrud

bid. Junsbrud, 26. Juli. Die Stadt lebt vollständig im Zeichen der Heimfahrt der Teilnehmer am Wiener Sägerbundsfest. Der Badische Sägerbund, der am Mittwoch mit tausend Mitgliedern eintraf, veranstaltete auf dem Berge Jsel eine Aungebung für Andreas Doser und Südtirol. Neben zahlreichen kleineren Gruppen trafen am Mittwoch 140 Mitglieder des Schwäbischen Sägerbundes ein, die sehr herzlich empfangen wurden. Donnerstag morgen trafen 1000 Säger des Elbgau-Sägerbundes ein. Alle diese Verbände veranstalteten am Donnerstag nachmittag eine große vaterländische Kundgebung auf dem Berge Jsel.

Die badischen Turner in Köln

Köln, 27. Juli. Der schönste und geräumigste Saal der Stadt Köln in der Flora reichte nicht aus, um alle Turner und Turnerinnen zu fassen, die zusammengekommen waren, um ihrem landsmannschaftlichen Charakter in einer besonderen Veranstaltung Ausdruck zu geben. Kreisvertreter Weiß begrüßte seine badischen Landsleute und feierte in seiner Rede die Ideale der deutschen Turnerschaft. Als Vertreter der badischen Regierung übermittelte Oberregierungsrat Tropper die Grüße und dankte der Kreisleitung für die Veranstaltung. Als Vertreter der Stadt Köln sprach Bürgermeister Herlet. Der Vorsitzende des Vereins der Badener in Köln, Gafner, sprach besonders herzlichen Willkommensgruß. Kommerzienrat Schill, Othofen, der Kassenwart der Deutschen Turnerschaft, sprach ebenfalls warme Begrüßungsworte. Kreisgeldewart Willard, Bretten, dankte für die schönen Willkommensworte und brachte ein kräftiges Gut Heil auf die Stadt Köln aus. Das unterhaltende Programm des Abends bestritt neben dem Gesangsverein „Niederlang“ die Sägerriege der badischen Turnvereine, ferner erfreute Turner J. Delant vom Turnverein Mannheim 1846 mit einigen schönen Varietätstücken. Rorträge in kölnischer Mundart wurden gleichfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Abend verlief in schönster Harmonie.

Bei den Wettkämpfen am Donnerstag waren badische Teilnehmer, zum Teil mit sehr schönem Erfolg, beteiligt.

Vom Kraftwert Klingau

WTB. Aarau, 26. Juli. Am Mittwoch wurde eine Delegation des Verwaltungsausschusses der Schweizerischen Kraftübertragungs-A. G. von einer Abordnung des Aargauer Regierungsrats empfangen, welche ihr mitteilte, daß der Kanton Aargau auf das Beharren der Schweizerischen Kraftübertragungs-A. G. um Beteiligung am Klingauer Kraftwert nicht eingehe. Es ist geplant, dieses Kraftwert gemeinsam mit dem Kanton Aargau und den Rheinisch-Westfälischen Kraftwerken zu erstellen und die erzeugte Energie ordentlich an Deutschland zu liefern.

Tagungen

Studentischer Verbandstag. In Heidelberg tagten die süddeutschen Mitgliedsgruppen des Deutschen Studentenverbandes. Es waren fast alle süddeutschen Hochschulen vertreten, außerdem der Vorstand des Verbandes. Man stellte ein außerordentlich starkes Anwachsen der Bewegung an allen süddeutschen Hochschulen fest. Sämtliche Gruppen haben sich zum Kreis Süddeutschlands des Deutschen Studentenverbandes zusammengeschlossen und zum Kreisleiter den cand. rer. pol. Göbel, Frankfurt a. M. gewählt. Die Entsendung einer Delegation zum Studententag der Bälischen Deutschen Studentenschaft wie zu allen anderen Veranstaltungen dieser Organisation wird nach wie vor entschieden abgelehnt.

Der Verband badischer Arbeiterbildungsvereine hält seinen 26. Verbandstag am 5. August in Rottweil ab. Nach einem Begrüßungsabend und einer Sitzung des Verbandsauschusses findet die Verbandssitzung statt, in der Prof. Gutheim, Freiburg, der verdienstvolle Leiter dieser vorkommenden Vereine, über die Tätigkeit des Verbandes und einzelner Vereine berichtet wird. Im Mittelpunkt steht ein Vortrag von Ehr. Vertle, Karlsruhe, über die Aufgaben, das Wesen und die Ziele der Arbeiterbildungsvereine.

Gemeinde-Rundschau

Bund Ehrenbürger von Lahr ernannt. Der Stadtrat Lahr hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den in den Ruhestand tretenden Oberbürgermeister Alsteltz in Würdigung seiner großen Verdienste um die Stadt Lahr während seiner 30-jährigen Tätigkeit zum Ehrenbürger der Stadt Lahr zu ernennen. Die verlängerte Altsaltertrage wird seinen Namen erhalten.

Bürgermeisterwahl. Der seitherige Bürgermeister in Gerolshausen, Urban Melbert, wurde mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Ungültigkeit einer Bürgermeisterwahl. In einer außerordentlichen Sitzung des Bezirksrats Rastatt wurde die Bürgermeisterwahl von Sandweier wegen verschiedener Verstöße gegen die Wahlordnung für ungültig erklärt.

Wasser- und Elektrizitätsversorgung von Litzsee. Eine öffentliche Bürgerversammlung in Litzsee behandelte die Fragen der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Die Versammlung leitete Landrat Münch, Neustadt. Man einigte sich auf die Erstellung eines Wasserrohrnetzes mit elektrischer Pumpsation. Es handelt sich um eine Ausgabe von 90 000 M. Mit der Ausschreibung der Arbeiten soll umgehend begonnen werden. Auch die Frage der Elektrizitätsversorgung kann als gelöst gelten. Das Ortsnetz mit Transformatorstation kostet 63 000 M. Der innere Teil von Litzsee wird in Erdbel verlegt. Stromlieferant ist das Kraftwerk Laufenburg. Die Kilowattstunde wird um 10 Pf ermäßigt werden.

Der Bau der Schwanstambahn. Die staatliche Genehmigung zum Bau der Seilseilbahn auf dem Schwanstambach ist — wie aus Freiburg gemeldet wird — nun eingetroffen. Noch in diesem Herbst soll mit dem Bau der Bahn begonnen werden. Da die Finanzen gesichert seien, hofft man im Herbst nächsten Jahres die Bahn dem Betrieb übergeben zu können.

Straßenbahnvertenerung in Mannheim. Laut Stadtratsbeschluss wird der Bürgerausschuß um seine Zustimmung zu einer Preiserhöhung für die Straßenbahnfahrtscheine ersucht in der Weise, daß diese von 90 Pf auf 1 M, von 2,20 auf 2,40 und von 2,60 auf 2,80 M erfolgt. Dabei soll jedoch bestimmt werden, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Verdienst bis zu 60 M wöchentlich für die Fahrten von und zu ihrer Arbeitsstätte auf Befreiung ihres Arbeitgebers Fahrtscheine zu dem bisherigen Preise erhalten.

Der Bürgerausschuß Schopfheim genehmigte einstimmig den Voranschlag für 1928, der an Einnahmen 567 415 M und an Ausgaben 696 933 M vorsieht. Der ungedeckte Aufwand von 129 518 M wird durch eine Umlage von 88 Reichspfennigen für das Liegenschaftsvermögen, von 52,8 Reichspfennigen für das Betriebsvermögen und von 6,60 M auf den Gewerbeertrag gedeckt. Der Bürgerausschuß, der 70 Mitglieder umfaßt, war nur durch etwa 40 Mitglieder vertreten. Es wurde beschlossen, mit aller Energie die noch ausstehenden hohen Steuerrückstände einzutreiben.

Abgelehnter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Söllingen hat mit Mehrheit, bestehend aus der Bürgerlichen Partei und den Kommunisten, den Voranschlag abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten.

Versammlung der Gemeindebeamten in Brrach. Die Bürgermeister, Ratsschreiber und Gemeindebeamten des Bezirks Brrach hielten unter Vorsitz des Verwaltungsinpektors Andres eine Besprechung ab, in der Verwaltungsdirektor Weiler vom Gemeindebeamtenverband Baden über die Lage der Gemeindebeamten referierte. In der Versammlung wurde mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die neue Befoldungsordnung erst in fünf Gemeinden des Bezirks zur Durchführung gekommen ist. Auf Vorschlag des Verbandsdirektors Weiler wird der Verband die Interessen seiner Mitglieder auch in der Befoldungsangelegenheit vertreten.

Der Voranschlag der Stadt Neustadt im Schw. für 1928/29 wurde vom Bürgerausschuß einstimmig genehmigt. Der ungedeckte Aufwand beträgt 105 610 M (gegen 104 360 M im Vorjahr), der wie im Vorjahr durch 74 Pf auf das Grundvermögen, 30 Pf auf das Betriebsvermögen und 5,52 M auf den Gewerbeertrag gedeckt wird. Eine Erhöhung der Gemeindesteuer war also trotz der Rückstellung für den Schulhausbau und die Kanalisation nicht erforderlich.

Erweiterung der Bahnanstalt und Luft- und Sonnenbad der Gemeinde Neustadt (Schwarzwald). Der rege Fremdenverkehr machte eine Erweiterung des städtischen Bades notwendig, die zur Zeit vom Bauamt bearbeitet wird. Durch diese Erweiterung sollen 6 Badegellen und ein Raum für Kneippische Kaltwasseranwendungen gewonnen werden. Außerdem werden die beiden Schwimmbäder des Bades weiter gegen die Gutschoben, so daß ein Raum für Luftbäder und für die Aufstellung von einigen Übungsgeräten gewonnen wird. — Im Reichenbachtal soll ferner ein Luft- und Sonnenbad mit 400 Quadratmeter in 2 Abteilungen errichtet werden, das oben und unten von Wasserläufen begrenzt wird. Diese Wasserläufe müssen an 2 Stellen zum Wasserretten ausgebaut und mit Duscheinrichtungen versehen werden, so daß ein ideales Dusch-, Luft- und Sonnenbad daraus entsteht. Dem Bürgerausschuß soll nächstens Vorlage erstattet werden.

Städtebauliches aus Ludwigshafen. Die Stadt Ludwigshafen plant zur Verschönerung des Stadtbildes den Straßenbruch am Aufgange der Rheinbrücke. Die Gesamtaufwendungen betragen 2,1 Millionen Reichsmark. Auf der anderen Seite erhofft man gewisse Vereinnahmen infolge Verlaufs eines Teiles der im Durchbruch gelegenen Bauplätze. Mit den ersten Abbrucharbeiten soll noch in diesem Herbst begonnen werden. Am Eingange der neuen Straße, gegenüber dem Theaterbau, will man rechts ein großes Hotel und links ein großstädtisches Warenhaus erstellen, während am Aufgange der Straße in die Bismarckstraße die städt. Sparkasse einen großen Bau errichten wird. In etwa 2 bis 3 Jahren dürfte die ganze Anlage fertiggestellt sein.

Heidelberg Ehrung für Gerhart Hauptmann. Zu Ehren des anlässlich der Heidelberger Schloßfestspiele seit mehreren Tagen in Heidelberg weilenden Dichters Gerhart Hauptmann gab die Stadt Heidelberg am Donnerstagabend ein Bankett, dem auch Staatspräsident Dr. Kemme und mehrere andere Mitglieder der badischen Regierung anwohnten. Bei dieser Gelegenheit gab Oberbürgermeister Dr. Walz bekannt, daß die Stadt Heidelberg beschlossen hat, eine neue Etage im Stadtteil Neuenheim, in der Nähe der Friedrich-Ebert-Straße und der neuen Ernst-Walz-Brücke, nach Gerhart Hauptmann zu benennen. — Am heutigen Freitag kehrt Gerhart Hauptmann mit seiner Familie wieder nach Berlin zurück. — Bei der Durchführung der Heidelberger Festspiele im kommenden Sommer hofft man auf staatliche Unterstützung. Für das Goethe-Jahr 1932 ist die Aufführung des ganzen Faust in Aussicht genommen worden. Ferner hat man für die nächsten Jahre an eine Opernaufführung gedacht, und zwar sind Weber's „Freischütz“ und Mozart's „Don Juan“ in Aussicht genommen.

Ernst Buchner geht nach Köln. Dr. Ernst Buchner, Konservator der Badischen Staatsgalerien, ist zum Direktor des Wallraf-Richartz-Museums in Köln gewählt worden. Er wird seine neue Amt am 1. August antreten.

Das der Landeshauptstadt

Hauswirtschaftliche Ausstellung

Haben Sie schon einmal überlegt, verehrte Hausfrau, was Sie alles zu tun hätten, wenn Sie aus irgendwelchen Gründen eine Art Inventuraufnahme Ihres gesamten Haushaltes vornehmen wollten? Eine Ausstellung Ihrer tausend Sachen und Sächelchen, angefangen beim Mobiliar und den anderen wichtigen Gegenständen, die Ihr Haus zu Ihrem Heim machen, bis zur Kleidung und zum Schmuck? Können Sie sich vorstellen, welchen Reiz eine solche Schau, praktisch durchgeführt, auf Sie ausüben würde, zumal wenn Sie in zahlreichen Abteilungen mustergerüst gegliedert wäre und Ihnen zu Verbesserungen, Neuanfassungen und Modernisierungen Anregung geben würde? Dann werden Sie auch ganz bestimmt den Gedanken für einzigartig finden, den der Karlsruhe'ruher Hausfrauenbund gefaßt hat und während der diesjährigen Herbstveranstaltungen in einer großen hauswirtschaftlichen Ausstellung „Küche und Haus“ zur Ausführung bringen wird.

Bedenken Sie, Küche und Haus! Ein Königreich umfaßt nicht so viele wichtige, mit Bedacht zu leitende kleine und kleinste Einrichtungen, wie ein gut und modern geführter Haushalt. Und Sie beherrschen dieses Reich! Wie werden Sie daher mit Interesse dieser Ausstellung entgegensehen, die neben mehreren vollständig eingerichteten Wohnungen in 8 großen Abteilungen alles umfaßt, was in der Hauswirtschaft einen Platz beanspruchen kann. Da dürfen Sie nicht fehlen, und wenn Sie alles angesehen haben und ermüdet sind, finden Sie zur kurzen Rast im Halbrundsaal der Stadt-Ausstellungshalle ein einladendes Familientafel, wo Sie umsonst bewirtet werden. Sie werden sich freuen und sich der Bedeutung dieser Ausstellung noch mehr bewußt werden, wenn Sie hören, daß bereits dreiviertel der Plätze und Stojen an Aussteller vermietet sind.

Sie wissen, was modern ist? Drei Worte genügen, um Ihnen den Zeitgedanken der Ausstellung vertraut zu machen: Schön, praktisch, billig. Das ist modern. In unserer schönen Stadt, Ausstellungshalle hat der Karlsruhe'ruher Hausfrauenbund schon in den beiden vergangenen Jahren mit Erfolg große Ausstellungen veranstaltet, die zusammen über 100.000 Besucher aufwiesen.

Vom 29. September bis zum 7. Oktober d. J. wird auch der Versuch in „Küche und Haus“ den früheren Ausstellungen in keiner Weise nachstehen, und vor allen Dingen, Sie werden bestimmt dabei sein.

Nur noch zwei Monate trennen uns von diesem Ereignis. Inzwischen wird fleißig gearbeitet, immer neue Gedanken werden gefaßt und Pläne geschmiedet, so daß die Platten beim Ausstellungsleiter immer mehr anschwellen. Aber Nacht aber werden plötzlich die Hallen, die jetzt leer stehen, Leben eingehaucht bekommen, bis Sie eines Morgens über dem Eingang der Ausstellungshalle in fetten Buchstaben lesen können: Hauswirtschaftliche Ausstellung „Küche und Haus“.

O. M.

Warnung für Badende! Es besteht Anlaß, nachdrücklich vor den ernstlichen Gefahren zu warnen, denen sich Badende im Rhein aussetzen, wenn sie in das Fahrwasser der Dampfboote und Schleppzüge hineinschwimmen. Durch die Saugwirkung der fahrenden Rads- und Schraubendampfer können die Schwimmer so stark unter Wasser gerissen werden, daß sie nur schwer wieder frei kommen. Den Kapitänen und Steuerleuten ist es nicht möglich, mit ihren Dampfmaschinen den Schwimmern auszuweichen. Deshalb ihr Schwimmer, bleibt weg aus dem Fahrwasser!

Schulfestien. Am morgigen Samstag finden in den Schulen Verfassungsfeiern statt, in deren Mittelpunkt eine Ansprache steht. Die Kinder werden Lieder und Gedichte vortragen. Dann nehmen die Schulfestien ihren Anfang, die bis zum Montag, den 10. September, dauern werden.

45 Millionen Liter Wasserverbrauch an einem Tage. Während der tägliche Wasserverbrauch in den Wintermonaten sich auf durchschnittlich 24.000 Kubikmeter beläuft, steigerte er sich in den heißen Tagen um durchschnittlich etwa 60 Proz. Am 14. Juli betrug nach einer Mitteilung der „Bad. Presse“ der Wasserverbrauch 45 Millionen Liter, das sind pro Kopf unserer 150.000 Einwohner zählenden Stadt 300 Liter.

Konzerthaus Karlsruhe Sommeroperette. Nachdem Herr Alois Resni von seinem Berliner Gastspiel zurückgekehrt ist, finden Freitag, Samstag und Sonntag die drei letzten Vorstellungen der mit so viel Beifall aufgenommenen Operette das „Dreimäderhaus“ mit den berühmten Gästen Elise Müller und Johannes Müller statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Waldbrunn, 27. Juli. Die Stadt hat zur Erstellung eines Jugendferienheims bei den vom Hochwald rings umschlossenen Sportanlagen außer dem Bauplatz und Bauholz die Summe von 10.000 M zur Verfügung gestellt. — Unser Wallfahrtsort wurde im Juni von 30.000 Personen aus allen Teilen des deutschen Reiches aufgesucht.

23. Offenburg, 26. Juli. Im Alter von 68 Jahren ist hier der Fabrikant Otto Louis Bilsinger gestorben. Er stammt aus Welsheim in Württemberg und ist seit dem Jahre 1887 in Offenburg als Fabrikant für landwirtschaftliche Maschinen tätig. Aus der Geschichte seines Unternehmens darf hervorgehoben werden, daß Dr. Gafelwänder, der Erfinder des Dreiphasen-Drehstromsystems, im Jahre 1887 seinen ersten Drehstromgenerator, den ersten dieser Art in der Welt, dort erbaut hat.

23. Freiburg, 26. Juli. Zur Zielfahrt, die vom Allgem. Deutschen Automobilklub anlässlich des ADAC-Meinnens am 5. August ausgeschrieben wurde, haben sich schon weit mehr als 250 Fahrer gemeldet, die aus allen Teilen Deutschlands und der Schweiz in Freiburg i. Br. eintreffen werden.

23. Freiburg i. Br., 26. Juli. Der Verband der Freunde der Universität Freiburg hielt seine 2. ordentl. Mitgliederversammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die Zahl der Mitglieder sich seit dem Vorjahr bedeutend gehoben hat und daß viele Athesenverbände von Freiburg Korporationen dem Verband beigetreten sind. Von den im Januar 1927 den oberbadiischen Städten angebotenen Vorträgen sind 14 teils in den auswärtigen Ortsgruppen, teils anderwärts gehalten worden. Etwa 1900 M konnte der Verband bereits an Unterstufungen bewilligen, davon etwa 1200 M an die Studentenhilfe.

23. Freiburg, 26. Juli. Reichsfinanzler Hermann Müller hat heute mittag Freiburg verlassen und ist in Badenweiler eingetroffen. Sein Erholungsurlaub in Badenweiler ist für zwei Wochen vorgesehen.

23. Engen, 26. Juli. Aus dem Hegau wird berichtet, daß man überall tote Maulwürfe auf dem Felde findet, da der für die Landwirtschaft äußerst nützliche Maulwurf infolge der durch die Trockenheit hart gewordenen Erde seine Gänge nicht mehr graben kann und infolgedessen keine Nahrung mehr findet. Die in den Feldern riesigen Scharen anstehenden Maulwurfgrillen können sich umso besser ausbreiten, da der Maulwurf keine Jagd mehr auf sie machen kann.

23. Fullendorf, 27. Juli. Laut Erlass des Justizministeriums wurde das Bezirksgefängnis hier mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Seine Zuständigkeit geht auf das Bezirksgefängnis Stodach über. Die Maßnahme soll aber keine Aufhebung des Amtsgerichts nach sich ziehen.

23. Friedrichshafen, 26. Juli. Wie der Berichterstatter der Telegraphenunion erfährt, hat sich die Leitung der Zepplinwerke nunmehr entschlossen, mit den ersten Flügen nicht bis zur Vierung zu warten, sondern die ersten Probeflüge gegebenenfalls mit Benzin als Brennstoff durchzuführen. Dagegen haben sich bei der Prüfung der Motoren auf den Brennstoff bei den Waghals-Verken noch einige Mängel herausgestellt, deren Beseitigung noch mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Man rechnet somit, daß die ersten Flüge erst in 3 bis 4 Wochen stattfinden werden.

Oskar Maurus Fontana: „Gefangene der Erde“. Roman. (Romane der Welt. Th. Anaur Nachf. Verlag, Berlin W 50.) In Ganzleinen gebunden 2,85 M, Umfang 320 Seiten. — Durch alle Höhen und Tiefen der heutigen Menschheit wirbelt dieser Roman. In seine Zeitweide rauft in einer überwältigenden Flut von Gestalten, Meinungen und Geschehnissen über. Wie dieser dichterische Reichtum phantastischer Schilderung und grausamer Wirklichkeit Hintergrund für das geistlose Erleben einer Mutterschaft ist, das macht Fontanas Roman zu einer wesentlichen Bereicherung gegenwärtiger deutscher Epik.

Liam O'Flaherty: „Die dunkle Seele“. Roman. Aus dem Englischen übertragen von Richard v. Gohmann. (Romane der Welt. Th. Anaur Nachf. Verlag, Berlin W 50.) Umfang 312 S. In Ganzleinen gebunden 2,85 M. — Der irische Dichter O'Flaherty erzählt hier die Geschichte tragischer Lebensschicksale auf einer irischen Insel. Die düstere Atmosphäre des Felsenlandes als Rahmen der seelischen Vorgänge ist packend geschilbert. Der Held, ein Außenleiter der Gesellschaft, erliegt dem verbenden Temperament einer Frau, die jung an einen häßlichen Mann gekettet, vor Sehnsucht nach dem Leben verschmacht. Wie diese einfache Handlung zum tragischen Höhepunkt und hoffnungsvollen Ausklang geführt wird, das gibt dem Roman das Gebräuge wahrhaft großer Dichtung.

haben. Dies gibt uns Veranlassung, die Vorschriften des § 18 der badischen Verordnung vom 3. 5. 1900 — das Abdeckerverbot betr. — wie folgt in Erinnerung zu bringen:

§ 18.

Die in § 1 Absatz 2 des Gesetzes genannten kleineren Gaudiere, wie Hunde, Katzen, Lämmer, Ziegen, Milchschweine, Ferkel, neugeborene Kälber und Fohlen, kann deren Besitzer, unbeschadet der bei ansteckenden Krankheiten in Geltung tretenden anderweitigen Bestimmungen, unter Beachtung der nachstehenden Vorschriften selbst beseitigen.

1. Gefallene oder getötete Tiere sind längstens innerhalb 12 Stunden zu verlocken.

2. Die Verlockung hat an einem abgelegenen mindestens 400 Meter von bewohnten Gebäulichkeiten und 100 Meter von öffentlichen Wegen entfernt, durch seine Lage die Verunreinigung von Quellen, Brunnen und Wasserläufen ausschließenden Orte in einer mindestens 1 Meter tiefen Grube zu erfolgen. Erforderlichenfalls ist von der Gemeinde ein hierzu geeigneter Verscharrungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Doch können diese Tiere ebenfalls einer Abdeckerei überwiesen werden, welche sodann zu deren Abholung und weiteren Behandlung verpflichtet ist.

Hiernach ist also das Einwerfen von Tierkadavern in Wasserläufe verboten.

Zu widerstandlungen gegen diese Vorschriften des § 18 der Verordnung vom 3. 5. 1900 werden gemäß § 91 badisches Polizeistrafgesetzbuch an Geld bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Im Interesse der Allgemeinheit ergibt hiermit an alle die Aufforderung, jeden bei der Polizei oder Gendarmerie zur Anzeige zu bringen, von dem bekannt wird, daß er obigen Vorschriften zuwider Tierkadaver oder Teile von solchen in Wasserläufe geworfen hat.

Karlsruhe, den 26. Juli 1928.

Karlsruhe, den 26. Juli 1928. R. 476

Bad. Bezirksamt D. 3. 64. — Polizeidirektion.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Juli		26. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	188.22	188.56	188.39	188.73
Kopenhagen 100 Kr.	111.68	111.90	111.61	112.03
Italien . . . 100 L.	21.895	21.935	21.915	21.955
London . . . 1 Pf.	20.318	20.358	20.341	20.381
New York . . 1 D.	4.1830	42.191	41.855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.375	16.415
Schweiz . . . 100 Fr.	80.55	80.71	80.58	80.74
Wien 100 Schilling	59.005	59.125	59.02	59.14
Prag . . . 100 Kr.	12.399	12.419	12.405	12.425

Das Filmabkommen Luce—Ufa. Der italienische Minister hat, wie die WTB-Handelsdienst erfährt, in seiner Sitzung vom 23. Juli das Filmabkommen zwischen der italienischen Filmgesellschaft Luce und der Ufa-Film-A.-G. (Ufa) ratifiziert.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Regierungsassessor Dr. Hermann Kopf zum Regierungsrat beim Bezirksamt in Wolfach.

Berufen:

Die Regierungsräte Dr. Robert Straub beim Bezirksamt in Waldshut in das Ministerium des Innern und Alfred Schöffner beim Bezirksamt in Karlsruhe an das Bezirksamt in Waldshut.

Planmäßig angestellt:

Pfleger Karl Weigel bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, Pfleger Andreas Schäfer bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Justizministerium

Ernannt:

Kanzleihilfin Nina Grünling beim Justizministerium zur Kanzlistin, Maschinist Wilhelm Schäfer beim Amtsgericht Mannheim zum Maschinenmeister.

Zugelassen als Rechtsanwält:

Die Gerichtsassessoren Dr. Walter Jaumann, Dr. Mathilde Maier und Wilhelm Auer beim Landgericht Mannheim, Egon Kletti beim Amtsgericht Ettlingen, Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsfachen in Pforzheim.

Geldfist in der Anwaltschaft:

Rechtsanwalt Paul Thorecke beim Landgericht Konstanz.

Finanzministerium

Von der Reichsbauverwaltung in den badischen Staatsdienst übernommen:

Der Regierungsbaurat Hermann Stolz mit gleicher Amtsbezeichnung zum Bezirksbauamt Karlsruhe, die Technischen Regierungsinpektoren Johann Gut zum Bezirksbauamt Karlsruhe, Richard Peter zum Bezirksbauamt Vöhring, beide mit der Amtsbezeichnung Bauinspektör, die Oberregierungsbaufektäre Gustav Häfner zum Bezirksbauamt Karlsruhe, Friedrich Kratt zum Bezirksbauamt Baden, beide mit der Amtsbezeichnung Bauoberfektär, der Oberbauaufsichtlicher Müller mit der Amtsbezeichnung Bauaufsicht zum Bezirksbauamt Karlsruhe.

Planmäßig angestellt:

die Förster Karl Herrmann in Kuppenheim, Wilhelm Lehmann in Waldbrunn, Eugen Einneloch in Müdenloch, Vinzenz Martinus in Büchenbrunn, Max Saier in Martinskapelle; die Forstassistenten Ernst Weiland in Geroltsheim, Karl Müller in Offenburg.

Übertragen:

dem Techn. Oberfektär Georg Odländer in Karlsruhe die planmäßige Stelle eines Techn. Oberfektärs beim staatlichen Fernheizwerk.

Übertragen:

dem Forstrat Hermann Dörner in Neffrich das staatliche Forstamt Konstanz.

Zur Ruhe gesetzt:

Förster Karl Friedrich Konnenmacher in Wilferdingen.



Die Kohlen werden nicht billiger

Wir liefern Holz und Kohlen in bekannter Güte noch zum alten Preis

Bestellungen werden in allen Verteilungstalten und im Hauptkontor, Roonstraße 28, entgegengenommen

5. 798.

Lebensbedürfnisverein

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 18. Juli 1928, Nr. 7561 auf Grund des § 31 des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, daß das Grundstück Gb. Nr. 247/1 der Gemarkung Rastatt im ungefähren Flächenmaß von 438 qm an die Stadt Rastatt zu dem Untertnehmen des Krankenhausumbaus gegen vorgängige Entschädigung abzutreten sei.

Karlsruhe, den 25. Juli 1928.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Föhrerbach.

R. 477.

Die Reinhaltung der Wasserläufe und Badesplätze.

Es mußte in letzter Zeit wiederholt festgestellt werden, daß Kadaver von Hunden, Katzen, Hasen und anderen Kleintieren in Flussläufe geworfen wurden, an denen Badesplätze errichtet sind, so insbesondere auch in die Alb. Abgesehen davon, daß solche im Wasser schwimmende Kadaver ekelregend sind, können sie auch schwere gesundheitliche Schädigungen für die Allgemeinheit, insbesondere aber für die Badenden zur Folge

Druck G. Braun, Karlsruhe



Stadt. Konzerthaus

Sommeroperette

Freitag, den 27., Samstag, den 28. Sonntag, den 29. Juli 1928

abends 7^{1/2} Uhr

Das Dreimäderhaus

mit Elise Müller a. O., Johannes Müller a. O., Alois Resni a. O.

Ende 10^{1/2} Uhr

Vorverkauf: Musikalienhandl. Fritz Müller, Kaiserstr.; Verlagsverein, Ritterstr.; Verlagsverein, Ritterstr.; Goldschmid, Weberstr. 48, und an der Kasse des Stadt. Konzerthauses von 10-1 Uhr und von 5 Uhr nachmitt. ab ununterbrochen.

Ihren Umzug betr.

brauchen Sie

Möbelswagen?

64 dann

Bad. Lagerhaus Offenburg.

Besitzer: Willy Wagner

fragen. Größt. bestmög. zuverl.

Möbelspeditions-Unternehmen.

Leser Bücher

Wissen ist Macht!